



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/134 - 15.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 037 890

Adenauers Amerikareise	S. 1
Die soziale Herkunft der Staatsbeamten in Schweden	S. 3
Der Schwindel der "Volkbefragung" in der SBZ	S. 4

Zum zweitenmal über den großen Teich ...

(sp) Zum zweitenmal will der alte Mann von Rhöndorf im Herbst über den großen Teich fahren. Es hat etwas ungemein Rührendes, den Achtundsiebzigjährigen, der ein dreiviertel Jahrhundert lang nichts von der Welt gesehen hat, auf große Fahrt gehen zu sehen. Im Gegensatz zu den meisten Deutschen, die sich als Wanderer, Geschäftsleute, Soldaten und als Emigranten in der Welt umgesehen haben, konnte er sich bis ins hohe Greisenalter die Fähigkeit kindlichen Staunens bewahren. Alles ist für ihn neu und daher überwältigend, und da er nicht nur Regierungschef, sondern auch der Außenminister eines fünfzig-Millionen-Rumpfstaates in verwickelter politischer Lage ist, wagt man sich nicht auszumalen, welche Rückwirkungen die Reiseeindrücke auf die Führung des Amtes haben können.

Wenn der deutsche Bundeskanzler mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammentrifft, und nur darum geht es bei diesem Besuch, dann bedeutet das nichts weiter, als daß der Regierungschef eines besetzten Landes bei einer der Besetzungsmächte Visite macht. In den Augen der Welt bedeutet dieser Besuch aber mehr, und das ist durchaus richtig. Gleich, ob sich bis zum Oktober die unwahrscheinliche Vermutung, daß Frankreich über die Europa-Armee entschieden haben wird, bestätigt oder nicht, - das Treffen wird ein Begräbnis der politischen Konzeptionen werden, die Washington vor Jahren erfand und deren Bonn sich bereitwillig unterwarf. Wenn Adenauer den Fuß über die Schwelle des Weißen Hauses setzt, werden sich zwei Staatsmänner gegenüberstellen, die keine andere Aufgabe haben als vor der Welt einzugestehen, daß ihr Versuch, die europäische Völkerverständigung durch Gründung einer Europa-A.G. zu bewerkstelligen, gescheitert ist. Das von den Amerikanern geplante und mit den vereinten Kräften der Reaktion unterstützte Europa der Bankiers, Industriellen und Stabschefs hat die Völker um keinen Schritt näher gebracht, wohl aber die Entwicklung auf eine bedenkliche Volksfrontatmosphäre zugetrieben.

Die Person Dr. Adenauer und die Macht der ihn stützenden Kreise freilich sind für diejenigen Amerikaner, die sich das

Miasko ihrer Europa-Politik nicht eingestehen wollen, so etwas wie eine letzte Zuflucht. Blickt man auf dieses Westdeutschland, kann man über die Verhältnisse in Frankreich und Italien hinwegsehen und sich einreden, die Rechnung gehe doch noch auf. Das wäre jedoch ein ebenso gefährlicher wie vorhängnisvoller Trugschluß. Die Bevölkerung unseres geteilten Landes besteht nicht aus Adenauer-Deutschen. Das Bekenntnis zur Demokratie und zur Freiheit, zur Völkerverständigung und zu europäischem Zusammenschluß, das diese Menschen ablegen, ihre Arbeitsamkeit und Rechtschaffenheit, ihre Sparsamkeit und ihr nüchterner Sinn hat sich nicht nur in der Partei Dr. Adenauers manifestiert. Es ist dies eine Haltung, die das ganze Volk einnimmt und an deren Herausbildung und Festigung alle demokratischen Parteien beteiligt sind.

Es ist eine der größten Verfälschungen geschichtlicher Tatbestände zu behaupten, die amerikanische Besatzungsmacht hätte ihre Deutschlandpolitik auf die Sicherung eines angemessenen Einflusses der demokratischen Linken an der Gestaltung der Dinge abgestellt gehabt. Richtig ist, daß anfänglich Bemühungen vorhanden waren, aber in Gestalt von Forderungen nach ultimativer Unterwerfung, die nur so lange anhielten, wie man nicht glaubte, daß das in den Sattel gehobene Regime allein mit den gestellten Aufgaben fertig werden könnte. Heute stellt sich die Frage, und sie sollte im Oktober im Weißen Haus beantwortet werden, ob es noch weiter beantwortet werden kann, die westdeutsche Demokratie für eine Integrationspolitik zu strapazieren, die nur dem in die Hände arbeitet, zu dessen Bekämpfung sie angeblich erfunden wurde.

Was wir seit langem wissen, hat jetzt Walter Lippmann als amerikanischer Publizist mit dem Satz ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten versäumt hätten, "offiziell einzugestehen, daß der deutschen Wiedervereinigung gegenüber der sogenannten Integration eines geteilten Deutschlands in das westliche Militärlager naturbedingt das Primat zukommt". Das ist das amerikanische Miasko und die Quintessenz dessen, worum seit Jahren in Westdeutschland gerungen wird. Die "Integralisten" traten mit wechselnden Masken auf, die afrikanischen Stämmen hätten entlichen sein können und die Lautstärke ihrer Propaganda paßte dazu. Nur so konnte es gelingen, das Volk dadurch zu verwirren, daß man Völkerverständigung mit un-demokratischen Gebilden, europäischem Zusammenschluß mit Industrie-Abkommen und militärische Sicherheit mit Divisionen auf dem Papier gleichsetzte. Der große Trug ward zerrieben und offenbar werden, daß der Versuch, den Deutschen das Recht auf nationale Freiheit abzukaufen, vollständig gescheitert ist.

Wer regiert den Staat ?

KRE - Stockholm

Die Staatswissenschaftliche Institution in Upsala führte soeben eine bemerkenswerte Untersuchung über die soziale Herkunft der Staatsbeamten zuende. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist sicherlich nicht nur für Schweden lehrreich, sondern auch für andere Länder.

Die schwedische Bevölkerung wird in drei Sozialgruppen eingeteilt. In die Sozialgruppe I gehören die höchsten Staatsbeamten, die Unternehmer und gewisse gutverdienende Intellektuelle - so etwa die Ärzte. - Zur Sozialgruppe II zählen mittlere Staats- und Gemeindebeamte, Industrieangestellte, Lehrer, Landwirte usw. - Die Sozialgruppe III besteht zum allergrößten Teil aus Arbeitern und Handwerkern.

Die Sozialgruppe I umfaßt nicht mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie stellte jedoch im Jahre 1917 65 Prozent der höheren Staatsbeamten. Dieser Anteil war 1947 auf 52 Prozent gesunken, ist aber noch immer unverhältnismäßig hoch. In den zehn Jahren von 1937 bis 1947 kam nur jeder zwölfte Beamte im höheren Staatsdienst aus der Sozialgruppe III (Arbeiter und Handwerker). Die soziale Rekrutierungsgrundlage für die höhere staatliche Bürokratie ist also selbst in einem sozial so fortschrittlichen und demokratischen Lande wie Schweden außerordentlich schmal.

In den Ministerien war noch 1947 jeder siebente höherer Beamte adeligen Ursprungs. Im Außenministerium war es jeder dritte.

Eine breitere soziale Rekrutierungsgrundlage weisen Post- und Zoll und das Telegraphenwesen auf. In diesen staatlichen Dienstzweigen kommt die Hälfte der Beamten aus der Sozialgruppe III.

So weit es die hohe Bürokratie ist, die das Land regiert, wird es zu einem großen Teil von wenigen Ganzreichen regiert. Wenn das in Schweden so ist - wie mag es dann in anderen Ländern sein ?

+ + +

Auf Moskaus Wunsch ?

EZ - Berlin

So wenig überraschend der Pankower Versuch ist, durch die sogenannte "Volksbefragung" als einem neuen Täuschungsmanöver die Welt von der wahren Meinung der Sowjetzonenbevölkerung abzulenken, so berechtigt ist die Frage, inwieweit der Zeitpunkt dieser "Volksbefragung", die drei Tage lang, nämlich von 27. bis 29. Juni durchgeführt werden soll, auf eine Initiative der SED-Regierung zurückzuführen ist. Vor wenigen Wochen noch schien es nicht entschieden, ob diese zur Stützung der sowjetischen Deutschlandpolitik benötigte "Entscheidung des Volkes" als Sonderaktion oder gewissermaßen als Gerüstbau der für den Herbst angekündigten Neuwahl der "Volkskammer" über die sowjetzonale Propagandabühne gehen sollte.

Man dürfte nicht fehl in der Annahme gehen, daß der für Ende dieses Monats festgesetzte Zeitpunkt nicht von Pankow, sondern von Moskau bestimmt worden ist. So raffiniert auch die den Wählern präsentierte völlig falsche Alternative "Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen" auf der einen, und "EVG und 50jährige Besetzung Deutschlands" auf der anderen Seite sein mag, der frühe Zeitpunkt dieser "Volksbefragung" kann der SED und der Ostberliner-Regierung keineswegs gelegen sein. Ein Beweis dafür ist in der Tatsache zu erblicken, daß das Zentralkomitee Walter Ulbrichts in der Juni-Nummer seines monatlich herausgegebenen "Notizbuch des Agitators" mit keinem Wort auf die "Volksbefragung" eingeht.

In diesen amtlichen Richtlinien für die gesamte SED-Propaganda müßten, nach der bisherigen Praxis zu schließen, genaue Anweisungen enthalten sein, wie die Masse hinsichtlich dieses wichtigsten bevorstehenden Ereignisses zu bearbeiten ist. Wie wenig angenehm für die SED die Verwerfung ist, zeigt sich in der an die gesamte Presse herausgegebenen Anweisung, man solle in der propagandistischen Vorbereitung lieber nicht auf die Planerfüllung eingehen, weil hier noch zahlreiche Mängel vorhanden seien.

Es ist schließlich auch kein Zufall, daß die Festlegung des Zeitpunktes der "Volksbefragung" etwa mit der kurze Zeit später

aus Genf kommenden Meldung zusammenfällt, die Sowjetregierung plane noch für den Sommer eine neue Initiative zur Abhaltung einer zweiten Berliner Außenminister-Konferenz über die Europa- und Deutschlandfrage. Ohne Zweifel soll das Ergebnis der "Volksbefragung" auf sowjetischer Seite eine wichtige Vorarbeit für diese Konferenz sein.

Was bisher über die Durchführung der "Volksbefragung" bekannt geworden ist, deutet darauf hin, daß auch in dieser Beziehung wahrscheinlich die Sowjets weitgehend ihre Hand im Spiele haben. Man will anscheinend eine Fassade einer freien Wahl aufbauen, weil Molotow bei künftigen internationalen Gesprächen den Vertretern der Westmächte so wenig wie möglich Angriffsflächen bieten will. Nur so ist es zu erklären, daß die bisher von der SED allgemein als volkedemokratischer Fortschritt bezeichnete offene Stimmabgabe, wie auch die Sammlung von Stimmen in Betrieben diesmal strikt verboten werden soll. Ja man geht sogar so weit, jede offene Stimmabgabe als Provokation im Auftrag des Westens hinzustellen. Wahrscheinlich werden auch andere, allerdings rein äußerliche Voraussetzungen einer "freien Wahl", wie zum Beispiel Wahlzellen und Wahlzettelumschläge geschaffen, das heißt wieder zugelassen werden.

Das Wahlergebnis steht natürlich schon heute mit einem "Sieg der Friedensstimmen" fest. Wie hoch freilich Prozentual dieser Sieg sein wird, dürfte ebenfalls von den taktischen Absichten Moskaus bestimmt werden. Eine Zahl von etwa 80 Prozent "Friedensstimmen" dürfte auf den Parus einer künftigen Außenminister-Konferenz eher als Scheinbeweis für eine "echte freie Abstimmung" angeführt werden können als etwa ein 99prozentiger Abstimmungssieg.

Wenn es zutrifft, wie aus Ostberlin verlautet, daß die während der drei Tage abgegebenen Stimmen jeden Tag ausgezählt und die Stimmzettel sofort zur Kreiswahlausschluß gebracht werden müssen, dann wäre genügend Zeit und Gelegenheit für entsprechende Manipulationen bei der Stimmberechnung gegeben, so daß sich nicht wie 1950 die Notwendigkeit ergeben würde, das erste ausgezählte Wahlergebnis als ungültig bezeichnen und eine neue Zählung nach SED-Wünschen anordnen zu müssen. Zur Tarnung solcher Zählfälschungen soll anscheinend auch eine noch zu erlassende Bestimmung dienen, daß nur die Abstimmungsergebnisse im Kreismaßstab, nicht aber in den einzelnen Orten veröffentlicht werden sollen.